



Fachbereich: FD 2.5 Kommunalaufsicht
Sachbearbeitung: und Feuerwehrwesen
Telefon: Klaus Behrens
E-Mail: 04331/202-344
klaus.behrens@kreis-rd.de

NIEDERSCHRIFT **-Öffentlicher Teil-**

Sitzung des Regionalentwicklungsausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 01.11.2016
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 19:55 Uhr
Ort, Raum: Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kaiserstraße 8, 24768 Rendsburg,
Sitzungssaal 1

Vorsitz

Albrecht , Tim

reguläre Mitglieder

Langer , Klaus

Fandrey , Eike

Kahle , Thomas

Klimach-Dreger , Martin

Koch , Holger Norbert

Kolls , Jens

Scherbarth , Kurt

Sieh-Petersen , Karola

Steckel , Raoul

Entschuldigt

Storch , Susanne

Tretbar-Endres , Martin

Wendel , Ingrid

stellvertretende Mitglieder

Jessen , Dieter

Kaufmann , Ralf

Schaper , Rolf

Tank , Manfred

Verwaltung

Breuer , Volker

Kruse Dr., Martin
Nevermann , Malte
Weit , Kirsten
Behrens , Klaus

Gäste

Borchert , Anneke
Kock , Jutta
Last , Hans-Werner
Mittrich , Hartmut
Müller , Alexander
Müller , Hans
Thomsen , Sven

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 30.09.2016 und 12.10.2016
4. Schülerbeförderung
 - 4.1. Änderung der Schülerbeförderungssatzung VO/2015/582-010
 - 4.2. Gemeinsamer Antrag der CDU-, FDP- und Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktionen zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung VO/2015/582-011
5. Fortschreibung der Indexregelung zur linearen Anpassung der Beförderungsentgelte im pauschal abgerechneten Linienverkehr, in der Sonderform des Linienverkehrs und im freigestellten Verkehr VO/2016/968
6. Shuttle-Bus Schülldorf
 - 6.1. Shuttle-Bus zum Bahnhofpunkt Schülldorf VO/2014/401-002
 - 6.2. Shuttle-Bus zum Bahnhofpunkt Schülldorf; Fraktionsantrag der CDU-Kreistagsfraktion VO/2014/401-003
7. Erstellung eines ÖPNV-Konzeptes für den Kreis Rendsburg-Eckernförde VO/2016/980
8. Neuordnung der Busanbindung im Korridor Achterwehr/Westensee/Schierensee VO/2016/979
9. Verschiedenes
 - 9.1. Verschiedenes VO/2016/974
Sitzungstermine des Regionalentwicklungsausschusses 2017

Protokoll:

zu 1 Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18 Uhr und stellte fest, dass der Ausschuss beschlussfähig sei. Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung wurden nicht erhoben. Der Ausschuss beschloss nach oben stehender Tagesordnung zu verfahren.

zu 2 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Anfragen vor.

zu 3 Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 30.09.2016 und 12.10.2016

Die Niederschrift über die Sitzung am 30.09.2016 wurde einstimmig genehmigt.

Zur Niederschrift über die Sitzung am 12.10.2016 bat Herr Tretbar-Endres die von Herrn Rohwer aufgeworfene Frage, ob eine Ausnahme bei der nächstgelegenen Schule in Anlehnung an die Regelung des Ausschusses für Schule, Sport, Kultur und Bildung für das Gymnasium Hohenwestedt getroffen werden könne, ins Protokoll aufzunehmen. Mit dieser Änderung wurde die Niederschrift einstimmig beschlossen.

zu 4 Schülerbeförderung

zu 4.1 Änderung der Schülerbeförderungssatzung

VO/2015/582-010

Unter Bezugnahme auf das mit den Vertretern des Gemeindetages geführte Konsultationsgespräch zur Schülerbeförderungssatzung berichtete der Vorsitzende, dass sich aus diesem Gespräch noch Klärungsbedarf ergeben habe und seines Erachtens insofern aktuell nicht über alle Änderungsvorschläge abgestimmt werden könne. Herr Dr. Kruse bekräftigte diese Auffassung und betonte, es seien ergänzende rechtliche Klärungen erforderlich, wobei voraussichtlich auch externe Hilfe benötigt werde. Eine gründliche Aufarbeitung der offenen Fragen sei mit einem entsprechenden Zeitaufwand verbunden. Der Vorsitzende ergänzte, dass dennoch einige Punkte zum nächsten Schuljahreswechsel umsetzbar seien und schlug vor, die vorliegende Synopse unter diesem Aspekt abzarbeiten:

Seite 1 / § 1 (2):

Beschlusslage:

Die innerörtliche Schülerbeförderung wird anerkannt, wenn Kilometergrenzen überschritten werden.

Umsetzung: Nein / Einstimmig.

Seite 2 / § 1 (neu (3):

Beschlusslage:
Beförderungskosten im Rahmen der offenen Ganztagschule werden anerkannt.

Umsetzung: Ja / Einstimmig.

Seite 2 / § 1 (neu (3)):

Vorschlag der Verwaltung zur Klarstellung:

Beförderungskosten im Rahmen der offenen Ganztagschule werden nur vom bzw. zum Schul-/Außenstellenstandort übernommen, an dem auch der Regelunterricht stattfindet.

Umsetzung: Ja / Einstimmig. Erfassung in der Satzung gemeinsam mit dem vorangehenden Punkt in einem Absatz (3).

Seite 3 / § 2:

Beschlusslage:

Die zentralen Punkte der Orte werden abgeschafft. Stattdessen wird künftig der jeweilige Wohnstandort des Schülers als Ausgangspunkt (herangezogen). Die Schulweglänge wird nach der tatsächlichen Entfernung der Wohnadresse zur Schule berechnet.

Umsetzung: Nein / Einstimmig.

Seite 3 / § 3 (1):

Beschlusslage:

Die zentralen Punkte der Orte werden abgeschafft. Stattdessen wird künftig der jeweilige Wohnstandort des Schülers als Ausgangspunkt (herangezogen). Die Schulweglänge wird nach der tatsächlichen Entfernung der Wohnadresse zur Schule berechnet.

Umsetzung: Nein / Einstimmig.

Seite 4 / § 3 (3):

Vorschlag der Verwaltung zur redaktionellen Anpassung:

Der Ergänzungsvorschlag der Verwaltung „mit Behinderungen“ wird aufgenommen.

Umsetzung: Ja / Einstimmig.

Seite 7 / § 5 (2):

Vorschlag der Verwaltung zur redaktionellen Anpassung:

„Schulanfangs- und Schulschlusszeiten sind im Interesse einer wirtschaftlichen Schülerbeförderung mit den Fahrzeiten der öffentlichen Verkehrsmittel abzustimmen. Dabei ist an den Schulstandorten ein gestaffelter Unterricht anzustreben, damit Verkehrsspitzen vermieden werden und optimierte Fahrzeugumläufe möglich sind“.

Umsetzung: Ja / Einstimmig bei einer Enthaltung.

Seite 7 / § 5 (3):

Vorschlag der Verwaltung zur redaktionellen Anpassung:

„Der Träger der Schülerbeförderung ist für die Abstimmung nach Abs. 2 (insbesondere gestaffelter Unterricht) verantwortlich“.

Umsetzung: Ja / Einstimmig.

Seite 8 / § 5 (4):

Vorschlag der Verwaltung zur redaktionellen Anpassung:

„Wird von Seiten des Schulträgers bzw. der Schulen in Ausnahmefällen von den regulären mit dem Fahrplan abgestimmten Schulanfangs- und Schulschlusszeiten abgewichen, beispielsweise aufgrund von Schulausflügen oder vorzeitigem Schulschluss (letzter Schultag vor den Ferien, Zeugnisausgabe etc.), erfolgt eine Bestellung dieser Fahrten durch den Schulträger direkt beim zuständigen Verkehrsunternehmen. Eventuell entstehende Mehrkosten sowie Mehrkosten durch mangelnde oder nicht ausreichende Abstimmung sind in voller Höhe vom Schulträger zu tragen“.

Umsetzung: Ja / Einstimmig.

Seite 9 / § 7 (neu (1a)):

Vorschlag der Verwaltung zur redaktionellen Anpassung:

Der Formulierungsvorschlag der Verwaltung „Grundschulen und Förderzentren“ wird aufgenommen.

Umsetzung: Ja / Einstimmig.

Seite 9 / § 7 (neu (1b)):

Beschlusslage:

Die Wartezeit wird nach dem Unterricht auf einheitliche 60 Minuten begrenzt.

Umsetzung: Ja / Einstimmig. Die Verwaltung wurde ergänzend um Prüfung gebeten, ob vor dem Unterrichtsbeginn sowie bei einem Unterrichtsende ab 14 Uhr eine 30-minütige Wartezeit realisierbar ist und mit welchen Kosten eine solche Regelung verbunden wäre.

Seite 10 / § 7 (neu (2)):

Vorschlag der Verwaltung zur redaktionellen Anpassung:

„Die zumutbaren Wartezeiten gelten auch im freigestellten Schülerverkehr“.

Umsetzung: Ja / Einstimmig.

Seite 13 / § 9 (4):

Beschlusslage:

Die Kilometerpauschale wird auf 0,10 € angehoben; die Vergleichsberechnung entfällt.

Umsetzung: Nein / bei 8 Ja- und 5 Nein-Stimmen.

In diesem Zusammenhang empfahl Herr Breuer, eine maximale Erstattung (z. B. Preis einer Jahresfahrkarte unter Einbeziehung der Eigenbeteiligung) festzulegen.

Seite 14 / § 10 (2):

Beschlusslage:

Eigenbeteiligung 1. Kind: 96 € / Jahr, 2. Kind: 30 € / Jahr und ab 3. Kind frei

Umsetzung: Nein / bei 8 Ja- und 5 Nein-Stimmen.

Seite 17 / § 10 (7):

Vorschlag der Verwaltung zur redaktionellen Anpassung:

Der Vorschlag der Verwaltung die Formulierung „zum jeweiligen Schuljahresbeginn“ durch die Formulierung „vor Beginn des jeweiligen Schuljahres“ wird aufgenommen.

Umsetzung: Ja / Einstimmig.

Seite 17 / § 10 (neu (9)):

Beschlusslage:

Indexregelung: Die Eigenbeteiligung wird jährlich im selben Verhältnis der Entwicklung des Verbraucherindex für Deutschland angepasst. (Anm.: Basisjahr 2016=100 Punkte).

Umsetzung: Nein / bei 8 Ja- und 5 Nein-Stimmen

Seite 18 / § 12 (neu):

Beschlusslage:

Die vom Aufgabenträger gestellten Qualitätsanforderungen zur Schülerbeförderung werden in geeigneter Form (Internet etc.) öffentlich gemacht. Diese beinhalten u. a. die Punkte: Standard der eingesetzten Fahrzeuge, maximale Anzahl der zu befördernden Schüler und Barrierefreiheit. Gesetzestexte, auf die in der Schülerbeförderungssatzung Bezug genommen wird, werden mit einer Verlinkung zu dem Gesetzestext auf der Homepage des Kreises veröffentlicht.

Umsetzung: Nein / Einstimmig.

Seite 19 / § 13 (neu):

Vorschlag der Verwaltung zur Ergänzung der Satzung:

Vorschlag der Verwaltung, die Satzung um einen Paragraphen 13 „Erhebung und Verarbeitung von Daten“ zu ergänzen.

Umsetzung: Ja / Einstimmig, vorbehaltlich der Zustimmung des Datenschutzbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein zu einer solchen Regelung.

Herr Dr. Kruse sagte auf Nachfrage von Herrn Evers für die Sitzung des Ausschusses am 17.11.2016 die Vorstellung eines Zeitplanes zu. Nach Auffassung des Vorsitzenden sollte eine Klärung der offenen Fragen bis zum Beginn der Sommerferien 2017 abgeschlossen sein.

zu 4.2	Gemeinsamer Antrag der CDU-, FDP- und Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktionen zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung	VO/2015/582-011
---------------	--	------------------------

Der Vorsitzende berichtete ergänzend zur Vorlage.

Herr Tretbar-Endres bat die Verwaltung hinsichtlich der Kosten um eine „worst-case“-Betrachtung.

Der Ausschuss sprach sich einmütig dafür aus, über den vorliegenden Antrag zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden.

zu 5	Fortschreibung der Indexregelung zur linearen Anpassung der Beförderungsentgelte im pauschal abgerech-	VO/2016/968
-------------	---	--------------------

neten Linienverkehr, in der Sonderform des Linienverkehrs und im freigestellten Verkehr

Nach ergänzenden Erläuterungen von Herrn Breuer stimmte der Ausschuss dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

zu 6 Shuttle-Bus Schülldorf

zu 6.1 Shuttle-Bus zum Bahnhofpunkt Schülldorf **VO/2014/401-002**

Herr Nevermann berichtete zum Sachstand.

zu 6.2 Shuttle-Bus zum Bahnhofpunkt Schülldorf; Fraktionsantrag der CDU-Kreistagsfraktion **VO/2014/401-003**

Herr Kahle begründete den Antrag.

Anschließend fasste der Ausschuss folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Fa. Transdev zu prüfen, ob die Linie 14a als städtisches Modellprojekt für einen "Anrufbus" geeignet sein könnte. Sollte dies nicht der Fall sein, erwartet der Ausschuss einen Alternativvorschlag. Ergänzend wird die Verwaltung mit der Prüfung beauftragt, welche ländlichen Buslinien für ein solches Projekt geeignet scheinen.

zu 7 Erstellung eines ÖPNV-Konzeptes für den Kreis Rendsburg-Eckernförde **VO/2016/980**

Herr Dr. Kruse berichtete ergänzend zur Vorlage. Nach Auffassung von Herrn Tretbar-Endres müssen auch kreisübergreifende Verkehre in die Untersuchung einbezogen werden. Frau Kock mahnte eine Beteiligung des Seniorenbeirates bei der Durchführung des Auftrages an.

Abschließend sprach sich der Ausschuss einstimmig für die Erstellung eines ÖPNV-Konzeptes für den Kreis Rendsburg-Eckernförde unter Berücksichtigung der Anmerkungen von Herrn Tretbar-Endres und Frau Kock aus.

zu 8 Neuordnung der Busanbindung im Korridor Achterwehr/Westensee/Schierensee **VO/2016/979**

Herr Thomsen erläuterte anhand einer Power-Point-Präsentation die Möglichkeiten einer Neuordnung der Busverkehre im Bereich Achterwehr/Westensee/Schierensee. Eine ergänzende Übersicht zur Überplanung des o. g. Raumes ist unter diesem Tagesordnungspunkt in Allris einsehbar.

zu 9 Verschiedenes

Gegen die vorgeschlagenen Sitzungstermine wurden keine Einwendungen erhoben.